

Medienkonzentration in Deutschland Rundfunklandschaft vor dem Ausverkauf?

1. Grundlegende Problematik

- Unter Medienkonzentration versteht man den Grad, mit dem einzelne Unternehmensgruppen eine marktbeherrschende Stellung im Medienbereich einnehmen. Der Aspekt der Marktbeherrschung bezieht sich dabei sowohl auf die Meinungsvielfalt als auch auf die unternehmerische Kartellbildung
- Medienkonzentration hat Reduktion des Meinungspluralismus zu Folge
→ ein „gleichgeschaltetes“ Presse- und Rundfunkwesen macht eine unabhängige Meinungsbildung so gut wie unmöglich
- abnehmende Zahl wirtschaftlich unabhängiger Medien bei gleichzeitigem Wachstum der großen Unternehmen erhöht die Einflussmöglichkeiten von Eigentümern und Anteilseignern
- „Zeitungsbesitzer zu sein, gibt mir die Macht, bestimmte Themen wirkungsvoll zu lancieren. Mit einfachen Worten, Medien sind meine Megaphone.“
(Robert Maxwell, britischer Publizist, u.a. gehörten ihm der Sunday Mirror, der Daily Mirror und die Sunday Mail)
- Medienverflechtungen und -konzentration führen
 - a) zur Reduktion von Meinungspluralismus
 - b) zu Störung des freien Wettbewerbes am Markt
- Journalistische Unternehmen sind ebenso wie andere Wirtschaftszweige profitorientiert. Das führt u. U. dazu, dass ökonomische Faktoren ausschlaggebender sind als der Informationsimperativ des Journalismus
- „Die Funktion der Presse in der Gesellschaft besteht darin zu informieren, aber ihre Rolle besteht darin, Geld zu machen.“
(A. J. Liebling, amerikanischer Journalist (New Yorker) und Journalismuskritiker)

2.1. Politische Einflussnahme durch die EG

- zentrale Reverenz bzgl. Medienvielfalt und Meinungspluralismus in Europa: Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)

- Ziele der EG-Fernsehrichtlinie (Referat vom 08.01.07):
 - a) Förderung der Entwicklung der europäischen Medienindustrie...b)
...unter Einhaltung gemeinsamer Mindestregeln und unter Berücksichtigung kulturpolitischer Ziele

Problematik:

EG-Richtlinie ist nicht zuständig für Konzentrationsregulierung, die Kompetenzen dafür liegen bei den Mitgliedstaaten

2.2. Gesetzliche Regelungen in Deutschland

Die Medienkonzentration im Rundfunk wird aufgrund der Bestimmungen des 3. Rundfunkstaatsvertrages vom 15.05.1997 festgestellt

- staatsfern
 - Zuständig „für die abschließende Beurteilung von Fragestellungen der Sicherung von Meinungsvielfalt im Zusammenhang mit der bundesweiten Veranstaltung von Fernsehprogrammen“
 - wird von den Landesmedienanstalten beauftragt, wenn dort ein (Lizenz)Antrag eingegangen ist. Das Urteil der KEK ist bindend für LMA
- b) Bundeskartellamt
- Ein Eingriff durch das Bundeskartellamt erfolgt nur, wenn die Vermutung besteht, dass aus einem Zusammenschluss eine marktbeherrschende Stellung resultiert
 - Zusammenschlusskontrolle im Pressewesen orientiert sich ausschließlich an wettbewerbsbedingten, ökonomischen, aber nicht an publizistischen Kriterien
3. Der (Aus)Verkauf der Sat1Pro7 Mediagroup Übernahme des Konzerns durch den US-amerikanischen Medienmilliardär und Finanzinvestor Haim Saban für rund 525 Mio. Euro nach dem Zusammenbruch der Leo-Kirch-Gruppe 2002
- Anfang 2006: Versuch Sabans, die Sendergruppe an Springer Konzern weiter zu verkaufen, scheitert am Veto der Aufsichtsbehörden
 - Bundeskartellamt fürchtete wettbewerbsverzerrende Marktmacht, wenn Deutschlands größter Zeitungskonzern zudem die Hälfte der privaten Senderlandschaft übernehmen würde
 - KEK: Ablehnung wegen befürchteter Meinungsmacht. Bei einer Fusion hätte der Springer Konzern über einen Meinungseinfluss verfügt, der einem Zuschaueranteil von etwa 42 Prozent entspräche
 - Dezember 2006: Pro7Sat1 wird für mehr als drei Mrd. Euro an die Finanzinvestorgesellschaften (Private Equity) KKR und Permira verkauft

- Permira und KKR kontrollieren auch die luxemburgische SBS Broadcasting, zweitgrößte Senderfamilie Europas, die sie mit Pro7Sat1 verschmelzen wollen → insgesamt 59 TV-Sender und zahlreiche Radiosender von Skandinavien bis Südosteuropa
- Kritiker befürchten eine paneuropäische Konzentration von Rundfunkanstalten, die einzig vom Private Equity kontrolliert werden
- Übernahme demonstriert die Machtlosigkeit der deutschen Medienpolitik: Für einheimische Anbieter gibt es Obergrenzen bei Beteiligungen an Medienunternehmen, für die neuen ausländischen Investoren aber nicht
- Kritik: Konzentrationskontrolle blockiert hiesige Medienkonzerne und fördert damit den Ausverkauf der TV-Landschaft an internationale Investoren
- „Berlusconi hat immerhin noch eine Adresse, ist ansprechbar und irgendwie auch berechenbar. Die neuen Herren im Spiel haben kein Gesicht und keine Namen, die man sich merken kann – wir haben kein Gegenüber mehr.“
(Norbert Schneider, Chef der nordrhein-westfälischen LMA) Perspektive Digitalisierung – Wohl oder Übel?
- Digitalisierung: TV-Signal wird nicht mehr analog, sondern nur noch digital ausgesendet (ab 2010)
- Digitalisierung des Fernseekabelnetzes führt zu sprunghaftem Anstieg des verfügbaren Angebots
- Konkurrenz für private und öffentlich-rechtliche Rundfunkveranstalter durch branchenfremde Unternehmen, u.a. Telekommunikationsbranche
- Rundfunkangebot wird durch Digitalisierung größer und individueller, Kunde kann gezielter aus Angeboten auswählen (Aufhebung des One-Way-Flows vom Anbieter zum Konsumenten)
- Digitalisierung bietet Chancen für
 - a) ökonomisches Wachstum
 - b) inhaltliche Vielfalt (wirkt Konzentration entgegen)
- Gefahr für die öffentlich-rechtlichen Sender durch große Konkurrenz in digitalisierter Medienwelt
- ab Januar 2007: GEZ-Gebühr für internetfähige PCs (5,52 Euro im Monat)
- Satellitenbetreiber SES-Astra und private TV-Sender planen die Verschlüsselung ihrer digitalen Programme auf der Plattform „Entavio“. Für Entschlüsselung sollten Endverbraucher „Servicepauschale“ zahlen → Kartellamt verhinderte die Pläne wegen zu hoher Belastung der Kunden

- digitalisierte Medienwelt macht eine Reform des Rundfunkrechts erforderlich
- SPD-Medienkommission fordert die Einrichtung einer Medienanstalt der Länder, die für alle Sachverhalte des privaten Rundfunks zuständig ist
- Forderung nach Sicherung der Pressefreiheit und –vielfalt existiert auch auf europäischer Gesetzesebene:
„Die Bundesregierung sollte die deutsche EU-Ratspräsidentschaft für die Bildung einheitlicher Regelungen in Europa nutzen, die den Stellenwert der Presse- und Rundfunkfreiheit in demokratischen Staaten festigen.“
(Michael Konken, Vorsitzender des DJV)

Quellen

Literatur:

Uwer, Dirk: „Medienkonzentration und Pluralismussicherung im Lichte des europäischen Menschenrechts der Pressefreiheit“, Berlin: Berlin Verlag A. Spitz, 1998

Zeitungen/Zeitschriften:

- epd medien: „Journalisten-Union fordert ständige Qualitätskontrolle“, 06.12.2006
- epd medien: „DJV: Deutschland muss Pressefreiheit in Europa stärken“, 28.12.2006
- Funk-Korrespondenz: „Der Prozess der Digitalisierung“, 15.12.2006, S.27
- Hamann, Götz: „Programm: TV Total“, in: Die Zeit, 20.12.06, S.1
- Meier, Werner A.: „Gesellschaftliche Folgen der Medienkonzentration“, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, 2004, H 12/13, S.3-6
- Nelles, Roland / Reuter, Wolfgang / Rosenbach, Marcel: „Heuschrecken-Alarm“, in: Der Spiegel, 2006, Nr. 46, S.24
- Riering, Burkhard: „Ich bin dann mal weg“, in: Die Welt, 15.12.06, S.16
- Röper, Horst: „Die lange Fahrt in die Sackgasse“, in: FR, 11.01.06, S.18
- Stächele, Willi: „Ein Schreckgespenst?“, in: Funk-Korrespondenz, 27.10.06, S.3

Internet:

<http://www.kek-online.de/Inhalte/aufgaben.html> (Stand 14.01.07)

http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID5107362_REF1_NAV_BAB.00.html
(Stand 15.01.07)

http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID5131180_REF_NAV_BAB.00.html
(Stand 15.01.07)